Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder den im Stadtbezirk und den Vororten errichteten Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 4.50, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 5.50. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich: vierteljährl. ℳ 6. Man abonnirt ferner mit entsprechendem Postaufschlag bei den Postanstalten in der Schweiz, Italien, Belgien, Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden und Norwegen, Rußland, den Donaustaaten, der Europäischen Türkei, Egypten. Für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur unter Kreuzband durch die Expedition dieses Blattes möglich.

Die Morgen-Ausgabe erscheint um ½7 Uhr, die Abend-Ausgabe Wochentags um 5 Uhr.

Redaction und Expedition:
Johannisgasse 8.

Filialen:
Alfred Hahn vorm. O. Klemm's Sortim. Universitätsstraße 3 (Paulinum),
Louis Lösche, Katharinenstr. 14, part. und Königsplatz 7.

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt
und
Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und Amtsgerichtes Leipzig, des Rathes und Polizei-Amtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reclamen unter dem Redactionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Bei den Filialen und Annahmestellen je eine halbe Stunde früher.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist Wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis Abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig.

№ 430. **Sonnabend** den 24. August 1901. **95. Jahrgang.**

Die Reisen des Zaren.

Die Nachricht, daß der Kaiser und die Kaiserin von Rußland einen mehrtägigen Besuch in Frankreich machen werden, hat im ersten Augenblick einigermaßen überrascht. Denn bis dahin wußte man nur von einer bevorstehenden Begegnung Kaiser Wilhelm's mit dem russischen Herrscher, die persönlichen Wünschen beider Monarchen entsprungen sei und keinen hochpolitischen Charakter habe. Wenn die Vermuthung laut wird, daß der gesteigerte Austausch von Höflichkeiten zwischen amtlichen Persönlichkeiten Deutschlands und Frankreichs — beispielsweise die Anwesenheit zweier hoher französischer Officiere bei der Berliner Frühjahrsparade, der Trinkspruch des deutschen Kaisers auf das französische Heer aus diesem Anlaß, die Beziehungen zwischen Deutschen und Franzosen auf dem chinesischen Kriegsschauplatze, insbesondere das Verhältniß des Grafen Waldersee zu den leitenden französischen Militärs — für das Erscheinen des Kaisers Nikolaus in Frankreich bestimmend sei, so erscheint diese Vermuthung kaum als begründet. Jedenfalls kommt den Motiven der gedachten Art nicht entfernt die Bedeutung zu, wie den französischen Bemühungen, Rußland über die innere Lage Frankreichs zu beruhigen.

Es gab zweifellos in der jüngsten Vergangenheit einen Augenblick, in dem man die Fortdauer des herzlichen Verhältnisses zwischen Frankreich und Rußland als in Frage gestellt betrachten durfte. Das radical-socialistische Ministerium Waldeck-Rousseau mit dem demokratisirenden Kriegsminister André und dem socialdemokratischen Handelsminister Millerand war eine Zeit lang der russischen Regierung so unsympathisch und verdächtig, daß der Bestand des russisch-französischen Bündnisses bedroht war. Der russische Militärbevollmächtigte in Paris, Graf Muratwiew, befand sich im offenen Gegensatze zu dem französischen Cabinet, und Gerüchte von der angeblich geplanten Verlobung eines französischen Prätendenten mit einer russischen Prinzessin eröffneten die merkwürdigsten Perspectiven. Da erfolgten die Reisen des französischen Generalstabschefs Pendezec und des Ministers des Auswärtigen Delcassé nach Petersburg, auf deren Ergebniß die Abberufung des Grafen Muratwiew und die Flottenbegegnung in Toulon vorbereiteten, deren Haupterfolg aber die Reise des Zaren nach Frankreich bildet.

Haben wir die neue Bekräftigung des russisch-französischen Bündnisses zu beklagen? Die Antwort auf diese Frage wird nur der bejahen, der die inneren Zustände Frankreichs ignorirt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß für die auswärtige Politik Frankreichs die Republikaner im Vergleich mit den Royalisten, Imperialisten und Nationalisten das conservative Element darstellen. Jede Gefährdung der republikanischen Staatsform rückt die Möglichkeit von kriegerischen Explosionen näher, weil jeder neue Gewalthaber zur Befestigung seiner Macht des Kriegsruhmes nicht entrathen zu können glauben wird. Da nun das Prestige der Republik durch den Zarenbesuch erheblich vermehrt wird, müssen sich in demselben Maße die Aussichten der Feinde der Republik vermindern. Je geringer aber die Chance für eine Staatsumwälzung in Frankreich ist, um so größer erscheint die Aussicht auf die Erhaltung des Friedens.

So begrüßt denn auch die englische Presse den Besuch des Zaren in Paris als eine neue Verbürgung des Weltfriedens. Der „Daily Telegraph" sieht in der Ankündigung des Besuches auch den Beweis dafür, daß Frankreich die Folgen der Dreyfus-Krisis überstanden habe, welche seinerzeit die Beziehungen zu Rußland ernstlich bedroht habe. Nach den Behauptungen der Nationalisten, das Verfahren des Waldeck-Rousseau-Ministeriums und General André's hochpolitische Heeresleitung untergruben den Zweibund, sei der jetzige Coup meisterhaft geeignet, den theuren Zwecken der Republik zu dienen, welches sein genauer Ursprung und Zweck auch sein möge. Die zwischen Präsident Loubet und seinem kaiserlichen Gaste nach dem Flottenschauspiel in Dünkirchen zu wechselnden Trinksprüche und die Parade in Reims würden sich als die allerwerthvollsten Wahlmanifeste erweisen. Es könne nunmehr kein Zweifel mehr herrschen, daß das französische Ministerium nicht nur das langlebigste der dritten Republik sein werde, sondern auch der allgemeinen Wahl im nächsten Jahre mit ausgezeichneten Aussichten, daß es am Ruder bleiben werde, entgegengehen könne. Das große Bündniß habe ersichtlich dazu beigetragen, daß das republikanische Regime dauernde und stabile Verhältnisse entwickelte, die man fast allgemein für unvereinbar mit seiner Existenz gehalten habe. Das vor dem Besuch in Frankreich stattfindende Zusammentreffen des deutschen Kaisers mit dem Zaren werde eine friedliche Vorbedeutung haben, aber dabei Alles vermeiden, was den französischen Wein wässern könnte. Der Besuch sei nur als echte Garantie des europäischen Gleichgewichtes, um dessentwillen der Zweibund gestiftet worden sei, und des Weltfriedens aufzufassen, dem das Bündniß bisher gedient habe. — Die „Morning Post" meint, in Großbritannien und Deutschland werde man die Episode mit Ruhe betrachten und die Franzosen könnten versichert sein, daß in England wenigstens eine gewisse Sympathie hinzukomme. Der Besuch des Zaren in diesem Jahre werde fast ein noch größeres Compliment für Frankreich sein, als das ähnliche Ereigniß vor einigen Jahren. Damals habe Félix Faure als Vertreter der Nation gesprochen und neuere Enthüllungen hätten seinen Charakter nicht im besten Lichte gezeigt. Loubet dagegen besitze alle Vorzüge der Nation und er, sowie der jetzige Premier hätten Frankreich die stabilste Regierung der dritten Republik gegeben. Somit könne kein friedliebender Engländer an dem Besuche des Zaren etwas aussetzen, es sei denn, daß man bedauere, daß die Beziehungen Englands zu Frankreich an Freundlichkeit so weit zurückständen. Sie seien nicht etwa unfreundlich. Alles deute darauf hin, daß die Beziehungen Englands zu Frankreich nie eine sicherere oder befriedigendere Grundlage gehabt hätten. Die Politik der „Nadelstiche" sei definitiv aufgegeben und in kleineren Angelegenheiten herrsche auf beiden Seiten der Wunsch nach Versöhnlichkeit und nach Uebereinkunft vor.

Voraussetzung einer weiteren Sicherung des Friedens durch den Zarenbesuch in Frankreich ist allerdings, daß die deutsch-russischen Beziehungen ungetrübt bleiben. Der aufrichtige Wille hierzu ist auf beiden Seiten vorhanden. Und da politische Interessengegensätze für Rußland und Deutschland nicht bestehen, auch die Schaffung solcher, wie sie z. B. betreffs der Mandschurei durch England versucht wurde, von beiden Seiten abgelehnt wird, ist nicht abzusehen, weshalb das freundschaftliche Verhältniß zwischen beiden Mächten in die Brüche gehen sollte. Ein Symptom für die Fortdauer der guten Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland ist der Umstand, daß dem Zarenbesuch in Frankreich die Begegnung unseres Kaisers mit dem russischen Monarchen vorangeht. Von officiöser Seite ist sogar betont worden, daß es sich bei dieser Begegnung nicht um eine Haupt- und Staatsaction handele, ja man bestritt sogar, daß dem Zusammensein der beiden verwandten und befreundeten Herrscher politische Beweggründe beizumessen seien. Dergleichen Verlautbarungen waren begreiflich, so lange der Zarenbesuch in Frankreich nicht feststand, hätte doch die Betonung der politischen Seite der Kaiserbegegnung Frankreich erst recht zu Anstrengungen bewegen müssen, daß die Unterlassung des Weltausstellungsbesuches durch den Zaren endlich nachgeholt werde. Jetzt, wo die Reise des russischen Kaisers nach Frankreich beschlossene Sache ist, ergiebt sich, mögen nun beide Monarchen von ihren Ministern begleitet sein oder nicht, die politische Seite der Kaiserbegegnung ganz von selbst.

Das deutsche Volk wird deswegen die kommende Kaiserbegegnung mit nicht geringerer Sympathie begrüßen.

Der Krieg in Südafrika.

* **Queenstown** (Capcolonie), 23. August. (Telegramm.) (Reuter.) Auf Grund des Kriegsrechtes erging am 20. August ein Befehl, durch den die Schließung aller Geschäfte im Bezirke Queenstown angeordnet und bestimmt wird, daß alle Güter, die für den Feind möglicherweise von Nutzen sein könnten, an gewisse, genau bezeichnete Städte zu schaffen sind. Ein anderer Befehl verbietet die Annahme von Vorräthen, die Civilpersonen gehören, bei den Stationen der Ostbahnlinie mit Ausnahme gewisser, besonders bezeichneter Stationen. Den Bewohnern des Landes ist es verboten, mehr Lebensmittel zu besitzen, als für eine Woche erforderlich ist.

Deutsches Reich.

C. H. **Berlin**, 23. August. (Prüfungsordnung für die zweite Lehrerprüfung.) Am 1. Januar 1902 tritt, wie der Cultusminister in einem Rundschreiben allen Provinzial-Collegien und Regierungen mitgetheilt hat, in Preußen eine neue Prüfungsordnung für die zweite Lehrerprüfung in Kraft. Es war in Erwägung gezogen worden, an die Stelle der Lehrprobe (§ 6) eine Revision der Amtsthätigkeit der betreffenden Lehrer in ihren Schulen zu setzen. Eingehende Ermittelungen haben jedoch ergeben, daß dies, zur Zeit wenigstens, aus äußeren Gründen nicht ausführbar ist. Damit aber zur Beurtheilung der sich zur Prüfung meldenden Lehrer ihre seitherige amtliche Wirksamkeit mehr als bisher in Berücksichtigung gezogen werden kann, ist im § 4 der Prüfungsordnung vorgesehen, daß den Meldungen zur Prüfung von den Kreisschulinspectoren auf Grund der von ihnen abgehaltenen Revisionen ein Bericht über die Amtsthätigkeit der betreffenden Lehrer beizufügen ist; zu demselben haben sich die Regierungsschulräthe auf Grund ihrer Wahrnehmungen über die dienstliche Bewährung der zur Prüfung Gemeldeten zu äußern. Ferner ist im § 8 der Prüfungsordnung bezüglich der Lehrprobe angeordnet, daß bei Bestimmung der Aufgaben thunlichst zu berücksichtigen ist, in welchen Classen und Fächern die zu prüfenden Lehrer bisher zu unterrichten Gelegenheit gehabt haben und daß unter gewissen Voraussetzungen bei ungünstigem Ausfalle der ersten Lehrprobe die Ablegung einer zweiten Lehrprobe angeordnet werden kann. Eine Bestimmung darüber, mit Ablauf welcher Dienstzeit jeder Lehrer die zweite Lehrerprüfung zur Vermeidung der Entlassung aus dem öffentlichen Schuldienste abgelegt haben muß, bleibt vorbehalten, bis die Wirkung der einjährigen Militärdienstpflicht auf die praktische Weiterbildung der Lehrer zu übersehen ist.

* **Berlin**, 23. August. (Beaufsichtigung des militärischen Dienstes.) Die „Köln. Ztg." schreibt: Der überaus traurige Militärproceß, der sich soeben in Gumbinnen abgespielt hat, legt die Frage nahe, ob solchen Dingen nicht vorzubeugen wäre. Diese Frage ist für die meisten derartigen Fälle entschieden zu bejahen. Ebenso wie gegen Mißhandlungen, giebt es gegen eine Art der Handhabung des Dienstes, die nicht gegen den Buchstaben, wohl aber gegen den Geist der Strafgesetze verstößt, nur ein Mittel: unausgesetzte Beaufsichtigung. Daran muß sich der Muth schließen, durch rechtzeitige Beseitigung eines krankhaften Gliedes den ganzen Organismus vor schlimmer Ansteckung zu bewahren. Regiments-, Brigade- und auch wohl noch der Divisionscommandeur müssen es wissen, wenn innerhalb ihres Befehlsbereiches in einer Compagnie, Escadron oder Batterie der Dienst so gehandhabt wird, daß die Dienstfreudigkeit der Soldaten darunter erstickt. Uebertriebene Schneidigkeit, gepaart mit sprunghaften Launen und gelegentlich auf die Spitze getriebener Strenge, hat in der ruhigen Friedensarbeit noch niemals einen hervorragenden Erfolg gezeitigt. Wenn aber Officiere den „blauen Brief" erhalten, die in taktischer oder sonstiger Weise den Anforderungen nicht voll genügen, dann schone man auch die nicht, welche ihre Leute — ohne sich gerade wider Strafgesetz und Dienstvorschriften zu vergehen — nicht richtig zu behandeln wissen! Verdrossenheit ist ein böses Gift in einem Heereskörper, und dulden, daß sie unter jahrelangem Druck aufwächst, ist ein schweres Vergehen gegen das Wohl des Heeres. Officiere, die eine solche Verdrossenheit systematisch züchten, müssen entfernt werden, unbekümmert um ihren Namen, ihre Herkunft und ihre sonst vielleicht guten militärischen Eigenschaften. Uebrigens ist mehr als einmal die Erfahrung gemacht worden, daß Vorgesetzte, die im Frieden überstreng waren, im Kriege diese Eigenschaft aus naheliegenden menschlichen Gründen gar bald ablegten und in ein nicht unbedenkliches Gegentheil umschlugen. Es ist wirklich nur ein Gewinn, wenn solche Charaktere rechtzeitig abgestoßen werden, zumal die ihnen unterstellten Einheiten selbst im Frieden keineswegs die besten zu sein pflegen. Aber die vorgesetzten Dienststellen halten nur zu oft mit dem Eingreifen zurück, auch wo es ihnen an der Kenntniß der einschlägigen Verhältnisse, die zu besitzen im Allgemeinen als ihre Pflicht bezeichnet werden kann, nicht mangelt. Sie mögen nicht gern zum verrufenen „Schlächter" an ihren Untergebenen werden und verschanzen sich mit Vorliebe hinter die Ausrede, daß dienstliche Meldungen oder Beschwerden über ungehörige Behandlung der Mannschaften nicht an sie gelangt seien; daß sie dienstlich von dem schlimmen Geiste, der durch nörgelnde Strenge und zu starke Anforderungen in den ihnen unterstellten Einheiten herangezüchtet worden ist, nichts wüßten. Das Ende ist dann eine Katastrophe wie in Gumbinnen oder, wo es nicht zu einer solchen gewaltsamen Explosion kommt, das Hineintragen von Mißtrauen und Abneigung gegen den Militärdienst in weite Volkskreise, zum Mindesten aber wird dem Hetzer gegen unsere militärischen Einrichtungen willkommener Stoff geliefert. Die Verantwortung für solche schlimme Dinge fällt also nicht allein auf den schuldigen Officier oder seine zu verbrecherischer Selbsthilfe getriebenen Untergebenen, sondern auch auf die höheren Dienststellen.

* **Berlin**, 23. August. (Der Eierzoll nach den Wünschen der Agrarier.) Von den Wünschen, die der deutsche Landwirthschaftsrath zum Zolltarifentwurf ausgesprochen hat, ist einer als besonders übertrieben oder fast maßlos bemerkenswerth. Der Landwirthschaftsrath wünscht nämlich, daß der Zoll für Eier auf 37,5 ℳ für den Doppel-Centner hinaufgesetzt werde. Der jetzt giltige autonome Tarif für Eier beträgt 3 ℳ für den Doppel-Centner, der Vertragstarif 2 ℳ. Da der Landwirthschaftsrath wünscht, daß der Zollsatz auf Eier, wie überhaupt alle Positionen des ersten Abschnittes des Zolltarifentwurfes — der erste Abschnitt enthält hauptsächlich Erzeugnisse der Land- und Forstwirthschaft —, nicht um mehr als 20 Procent ermäßigt werden dürfe, so wünscht er mit anderen Worten für Eier einen künftigen Minimal- oder Vertragstarif von 30 Mark, mit anderen Worten: der Zoll auf Eier soll mindestens das Fünfzehnfache des bisherigen Vertragstarifes betragen. Die Statistik zeigt, in wie hohem Maße Deutschland auf die Einfuhr von Eiern angewiesen ist. Der Werth der Eiereinfuhr ist in dem Jahrzehnt von 1890 bis 1900 von 56 Millionen Mark auf 101 Millionen Mark gestiegen. Schon seit Jahren ist die deutsche Landwirthschaft in der eindringlichsten Weise darauf hingewiesen worden, daß sich mit der Hebung der einheimischen Geflügelzucht und Eierproduction ein sehr gutes Geschäft machen lasse; sie hat, wie der steigende Import von Eiern beweist, auf diese Anregung nicht reagirt. Und doch wäre das Geschäft vor Allem deshalb rentabel, weil der Preis der frischen, einheimischen Landeier stets über dem der vom Großhandel eingeführten Eier steht und frische, einheimische Trinkeier ein sehr gesuchter Artikel sind. Es scheint aber, als ob mit einer dauernden Abneigung der deutschen Landwirthschaft gegen eine weitere Ausdehnung der Geflügelzucht gerechnet werden müsse. Der landwirthschaftliche Großbetrieb ist erwiesenermaßen der Geflügelzucht gar nicht günstig gesinnt; der kleine und mittlere Bauer scheint sich vor Allem durch die Gefahren der Geflügelcholera, durch unser nicht sehr günstiges Klima und durch die mancherlei Unbequemlichkeiten, die die Wartung des Geflügels mit sich bringt, von diesem sonst als lucrativ geltenden landwirthschaftlichen Nebenbetrieb abhalten zu lassen. Auch eine sehr starke Erhöhung des Zolles auf Eier würde also wohl kaum eine mit dem Ausfall oder der Erschwerung des Imports Schritt haltende Steigerung der deutschen Geflügelzucht und Eierproduction zur Folge haben. Der gewaltigen Erhöhung des Eierzolles, wie sie der deutsche Landwirthschaftsrath wünscht, müßte also bei sehr gesteigerter Nachfrage eine sehr wesentliche Erhöhung des Preises für ein außerordentlich wichtiges Volksnahrungsmittel auf dem Fuße folgen, und es läge die Gefahr nicht allzu ferne, daß die Eier aus der Classe der Volksnahrungsmittel verdrängt und künstlich in die Classe der Genußmittel für die „feinere Tafel" hinaufgeschraubt würden. Außerdem ist zu beachten, daß ein auf das Fünfzehnfache erhöhter Eierzoll gerade diejenigen Staaten brüskiren würde, die bei den künftigen Handelsvertragsverhandlungen mit in erster Reihe in Betracht kommen: Rußland, Oesterreich-Ungarn und Italien. (Schw. Merk.)

B. **Berlin**, 23. August. (Privattelegramm.) Der „Vorwärts", der zu den Freunden der **Berufung in Strafsachen** gehört, schreibt bezüglich eines Hinweises der „Nat.-Ztg." auf das Gumbinner Urtheil zweiter Instanz:

Ein einzelnes bedauerliches Vorkommniß darf nicht hindern, eine Forderung aufrecht zu erhalten, deren Berechtigung und Nothwendigkeit durch mannigfache Gründe erwiesen ist. Wohl aber läßt sich das Bedenken der „Nat.-Ztg." leicht beseitigen, wenn das Recht der Berufung nur dem Angeklagten, aber nicht auch der Anklagebehörde eingeräumt wird.

Darauf entgegnet die „Nat.-Ztg.": „Dadurch würde sich das eine Bedenken allerdings beseitigen lassen; daß dies geschieht, ist aber nach den bisherigen Verhandlungen über die Berufungsfrage völlig ausgeschlossen; die Regierungen haben hierüber keinen Zweifel gelassen. Wie lange das „bedauerliche Vorkommniß" in Gumbinnen ein „einzelnes" bleiben wird, muß abgewartet werden. Als wir in Preußen für die Civil-Strafprocesse die der Berufung ähnliche Appellation hatten, war es keineswegs vereinzelt, daß der in der ersten Instanz freigesprochene Angeklagte in der zweiten verurtheilt wurde, ohne daß dieses zweite Urtheil besser begründet erschien, als das erste."

— General der Cavallerie Graf von Schlieffen, der Chef des Großen Generalstabes, hat sich heute nach Danzig begeben, um dort in Sachen des Kaisermanövers mit den zuständigen Militär- und Civilbehörden zu conferiren.

— Der Proceß der „Kölnischen Zeitung" wider Dr. Paul Liman anläßlich der bekannten Behauptung von der Bestechung der Zeitung durch die De Beers-Company wird Montag, den 26. August, vor der Strafkammer des hiesigen Landgerichts I in der Berufungsinstanz verhandelt.

— Wie die „Staatsb. Ztg." anzeigt, hält der Gesammtvorstand der Deutsch-socialen Reformpartei am nächsten Sonntag im Reichstagsgebäude eine Sitzung ab. Es handelt sich in erster Linie um Vorbereitung des allgemeinen Parteitages, sowie um Berichte über den Stand der Agitation. Auch der Bankrach mit seinen politischen Folgen wird u. a. in den Kreis der Besprechungen gezogen. Am Abend vorher findet eine Sitzung der Parteileitung statt.

* **Kiel**, 22. August. Anläßlich der Weihe des Bismarck-National-Denkmals auf dem Knivsberge war bekanntlich an Oberpräsident v. Köller Namens der Festversammlung ein Dankestelegramm für seine Wirksamkeit gesandt worden mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß v. Köller der Provinz Schleswig-Holstein erhalten bleiben möge. Darauf ist neulich an den Absender des Telegramms, Landgerichtsrath Schwartz aus Flensburg, den Vorsitzenden des „Deutschen Vereins für das nördliche Schleswig", die nachfolgende, eigenhändig geschriebene Antwort eingegangen:

„Euer Hochwohlgeboren spreche ich für die freundliche Depesche aus Apenrade vom 5. d. M. meinen ergebensten Dank aus, mit der Versicherung, daß das Zeichen der Anhänglichkeit mir aufrichtige Freude gemacht hat. Hat sich die Frage des Fortgangs aus der Provinz Schleswig-Holstein inzwischen durch meine Berufung nach Elsaß-Lothringen entschieden, so kann ich versichern, daß es mir schwer wird, die Provinz, die Schleswig-Holsteiner und den mir liebgewordenen Wirkungskreis zu verlassen. Der Wunsch Seiner Majestät des Kaisers und Königs, mich nach Elsaß-Lothringen zu schicken, mußte und konnte indeß allein für mich maßgebend sein. In der Hoffnung, daß mir die Provinz Schleswig-Holstein — so wie ich ihr — ein freundliches Andenken bewahrt, und in dem gewiß berechtigten Bewußtsein, daß die von Ihnen und Ihrem Verein vertretenen Anschauungen über die Weiterentwickelung der nordschleswigschen Verhältnisse zum endlichen Frieden unter den Bewohnern Nordschleswigs führen werden, bitte ich Euer Hochwohlgeboren, allen Vereinsmitgliedern ein herzliches Lebewohl zu übermitteln. In vollkommenster Hochachtung ergebenst Staatsminister v. Köller."

* **Aus der Provinz Posen** wird eine Schulgeschichte erzählt, die leider in Preußen nicht ohne Beispiel dasteht: „Schon im vorigen Winter war der Zustand der Schule in Brudzyn derart, daß sie wegen Baufälligkeit polizeilich geschlossen wurde. Da in dem Dorfe kein passendes Local gemiethet werden konnte, wurde sie nach einigen Monaten wieder frei gegeben. Nachdem nun aber ein Theil der Decke und ein Stück Außenmauer eingestürzt sind, wurde sie zum zweiten Mal geschlossen. Die Lehmwand nach der Straße ist mit Brettern und Latten vernagelt und so vor dem Umfallen etwas geschützt. Verhandlungen wegen eines Neubaues schweben schon seit Jahren, führten jedoch bis jetzt zu keinem Ergebniß. Die vier bis fünf kleinen Bauern, die schon große Schullasten zu tragen haben, können die verlangten 4000 ℳ nicht aufbringen, und der Gutsherr, der keine Schulabgaben zahlt, ist nur verpflichtet, die Materialien, die auf seinem Grund und Boden sich vorfinden, heranzuschaffen, und das sind nur Feldsteine. Der Lehrer sucht vorläufig bei Bekannten und Freunden Unterkommen."

* **Bochum**, 22. August. Nach der Statistik des Knappschaftsvereins arbeiteten auf den Zechen im Bezirk der Knappschaft am 1. Januar 260 288 Bergleute, darunter 79 821 Polen.

* **Witten**, 22. August. Die Hirsch-Duncker'schen Gewerkvereine haben hier den übrigen Arbeitervereinen vorgeschlagen, bei den Gewerbegerichtswahlen mit ihnen gegen die Socialdemokraten gemeinsame Sache zu machen. Die Aufstellung der Candidaten soll in einer gemeinsamen Sitzung der betreffenden Vereine erfolgen. Einem solchen einheitlichen Vorgehen dürfte der Sieg nicht fehlen.

⊙ **Wilhelmshöhe**, 23. August. (Telegramm.) Der Kaiser und die Kaiserin fuhren gestern Nachmittag mit Gefolge zum Hirzstein. Das Souper wurde im Walde eingenommen. Heute früh unternahmen beide Majestäten den gewohnten Spaziergang. — Um 12 Uhr 50 Minuten traf König Eduard auf der Station Wilhelmshöhe ein. Zum Empfange waren der Kaiser in der Uniform eines englischen Admirals, die hier anwesenden Herren des Hauptquartiers und der Gesandte v. Tschirschky und Bögendorff erschienen. In der Begleitung des Königs befanden sich der Botschafter Lascelles und zwei Herren seines Gefolges. Der König trug die Uniform der Garde-Dragoner. Nach herzlicher Begrüßung begaben sich die Monarchen in einem offenen Vierspänner nach dem Schlosse, wo Tafel stattfand. Die Tafel war mit einem großen Tafelaufsatze geschmückt, den der Kaiser dem Könige zum Geschenk gemacht hat. Der Tafelaufsatz besteht aus einem vergoldeten, bowlenartig gekrönten Aufsatze mit über die Tafel sich hinziehenden blumengeschmückten Ballustraden. Die Aufschrift lautet: „Emperor William II. to King Edward VII." — Im Laufe des Vormittags hörte der Kaiser den Vortrag des Chefs des Marinecabinets Graf v. Hülsen-Häseler.

* **Nürnberg**, 22. August. Die Handelskammer beschloß einstimmig, die Abschaffung der Lohnnachweisbücher für minderjährige Fabrikarbeiter zu empfehlen, da der erhoffte Zweck, größere Abhängigkeit der jungen Leute von den Eltern und Erhöhung der Sparsamkeit, doch nicht erreicht und nur eine Belastung des Arbeitgebers dadurch herbeigeführt werde.

* **Aus Bayern.** Den jungen Klerikern schreibt Herr Anton Memminger, der bekannte Würzburger Zeitungsverleger, der jüngst dem Bunde der Landwirthe so grimmig heimleuchtete, folgende Ermahnung ins Stammbuch:

„Durch das Auftreten der jungen geistlichen Herren in den verschiedenen weltlichen Vereinen, durch das Hervorkehren der politischen Fragen in denselben, überhaupt durch das Eindrängen des Klerus in die Politik und sogar in die Parlamente wird nicht so viel Gutes für die katholische Kirche und für den geistlichen Stand geschaffen, wie die politisirenden geistlichen Herren zu ihrer Entschuldigung und Rechtfertigung sich und Anderen einreden. Persönliche materielle Interessen sind die Haupttriebfeder für diese Thätigkeit; die Interessen der Kirche vertritt man dabei, weil man eben überhaupt durch den Stand schon dazu gezwungen ist. Durch das Hineinmischen der Geistlichkeit in die politischen Tagesfragen wird vielmehr nur der Keim gelegt zu jenem exklusiven Katholizismus, der nur jenen Katholiken als einen ganzen und wahren Katholiken gelten läßt, der die politische Ansicht der führenden klerikalen Partei theilt; es wird dadurch, wie Bischof Keppler sagte, der Keim gelegt zu jenem Renommage-,

SLUB
Wir führen Wissen.